Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. -- Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 186. | Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 12. August 1919. | Jahrgang 1.

Ob du andere reformieren kannst, das ist eine unsichere Sache; ein Mensch aber lebt, den du sicher reformieren kannst, und das bist du selbst! Carlyle.

Das Elend in Polen.

Der „Vorwärts" berichtet darüber in Nr. 397 vom 6. August wie folgt:

Trotz der von polnischer Seite rigoros durch geführten Grenzsperre, die weder Nachrichten noch Zeitungen herüber gelangen läßt, dringen, wie die beiden letzten Nummern des „Vorwärts" beweisen, doch von Zeit zu Zeit Mitteilungen über immer häufiger werdende Unruhen, Streiks und Revolten hinüber, die ihre Ursachen in dem beispiellosen Elend der arbeitenden Massen in Polen haben.

In der Tat ist die Not bei der unglaublichen Teuerung eine furchtbare. Der Hungertyphus wütet in erschreckendem Maße und rafft von Tag zu Tag Hunderte und Tausende hin. Die Lotterwirtschaft der polnischen Regierung, die außerstande ist, dem Übel zu steuern, hat jetzt den Vormund des polnischen Staates, Amerika veranlaßt, eine Hilfsaktion einzuleiten und Ärzte, Pflegepersonal, Medikamente usw. zur Behebung des Übels zur Verfügung zu stellen. Aber alle diese Hilfsaktionen und Kommissionen werden nicht in der Lage sein, die Ursachen dieser Mißstände zu beseitigen.

Die Ursachen sind Arbeitslosigkeit und Lebensmittelnot. Das polnische Birmingham, die Stadt der Spinnereien und Webereien, Lodz, z. B. hat bei einer Einwohnerziffer von 400 000 über 110 000 Arbeitslose aufzuweisen; Kalisz bei ungefähr 40 000 Einwohnern zirka 8000 Arbeitslose. Noch schlimmer sind die Verhältnisse in Galizien und in den Randgebieten Polens, die immer noch vom Kriege durchzogen, verwüstet, zerstört sind und die Bewohner ganzer Städte und Dörfer dazu zwingen, in Wäldern und Sümpfen ein fast tierisches Dasein zu fristen.

Dazu die ungeheure Lebensmittelnot, deren Folgen wiederum unerschwingliche Preise sind. Zwar hat die Entente mehrmals versucht, durch große Lebensmitteltransporte dieser Not zu steuern. Aber abgesehen von dem die Zufuhr weit, weit übersteigenden Bedarf verhindert schon der korrumpierte Beamtenapparat eine gerechte Verteilung selbst dieser unzureichenden Lebensmittelmengen. Der „Robotnik", das Warschauer Zentralorgan der polnischen Sozialisten, bringt fast täglich erbauliche Berichte über die Verschleuderung und Vergeudung der amerikanischen Lebensmittel, die obwohl vom Handel ausgeschlossen, stapelweise in den Auslagen der Warschauer Geschäfte angeboten werden, natürlich zu Wucherpreisen, denn die gefälligen Hände der polischen Beamten müssen von den Schiebern gehörig „gedrückt" werden.

Wie kann der polnische Arbeiter, der 3 Mk. täglich Arbeitslosenunterstützung erhält, sein Leben fristen, wenn er, wie der „Vorwärts" jetzt erfährt, in Warschau 3 bis 4 Mk. für 400 Gramm Brot bezahlen muß, von anderen Gebrauchsartikeln ganz zu schweigen. Kosten doch ein Paar Stiefel 650 bis 700 ℳ, eine Zigarre 3 bis 4 ℳ das Stück, ein Hemd 70 bis 80 ℳ usw.

Am schlimmsten ist es aber noch mit dem Wohnungswucher. Was nicht in Baracken wohnt, die noch aus der Zeit der deutschen Besetzung stammen, ist den Hausagrariern bedingungslos ausgeliefert. Eine Zweizimmerwohnung in der Vorstadt, ohne den in deutschen Städten gewohnten Komfort kostet z. B. 1800—2200 ℳ das Jahr, möblierte Zimmer 140—200 ℳ monatlich.

Wenig besser ist die Lage der Arbeiter, denen es gelungen ist, irgendeine Beschäftigung zu erlangen. Das ungeheure Angebot an Arbeitskräften drückt naturgemäß die Löhne, und da es an einer strammen Berufsorganisation fehlt, ziehen die Arbeitnehmer bei Lohndifferenzen fast stets den Kürzeren, da die Arbeitgeber in dem täglich größer werdenden Heer der Arbeitslosen stets verfügbare Reserven von Streikbrechern haben.

Eine soziale Fürsorge des Staates kennt man in Polen überhaupt nicht. Gewerbeinspektionen oder gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Gesundheit und des Lebens des Arbeiters in den Betrieben fehlen. Alle Errungenschaften der sozialen Fürsorge in Deutschland wie Krankenkassen, Alters- und Invalidenversicherungen, Unfallversicherung, Renten für Witwen und Waisen, Gewerbegerichte usw. sind in Polen unbekannte Dinge. Alle Versuche der polnischen Arbeiter, diese in Deutschland selbstverständlichen Forderungen durchzudrücken, werden von der reaktionären polnischen Regierung, die im Stile des zaristischen Knutenregiments fortwurstelt, mit allen Mitteln polizeilicher Willkür unterdrückt. Belagerungszustand, Maschinengewehre, Gendarmen — das sind die Mittelchen, mit denen man den polnischen Arbeiter zur Raison zu bringen versucht.

Man denke nicht, daß dieser Zustand der Entrechtung nur für das ehemalige Russisch-Polen Geltung hat. Auch die neuen polnischen Machthaber in Posen, die Korfanty, Adamski, Rymer haben es in den sieben Monaten ihres angeblichen demokratischen Regimes zur Genüge bewiesen, von welchem Geiste diese „Volksbeglücker" beseelt und mit welchen Mitteln sie zu regieren gewillt sind. Eine beispiellose Korruption des Verwaltungsapparates, den sie mit ihren Kreaturen besetzt haben, war die erste Errungenschaft der neuen polnischen Ordnung. Während die Herren an der Spitze sich mit Ministergehältern bedacht haben, zwingt man die mittleren und unteren Beamten, die bei der herrschenden Arbeitslosigkeit keine andere Wahl hatten, mit lächerlichen Friedensgehältern vorlieb zu nehmen.

Hier ein paar Beispiele: Der Bürgermeister von Posen, von Drweski, ohnehin ein vermögender Advokat, bezieht 21 000 ℳ jährlich nebst Repräsentationsgeldern in unbekannter Höhe; der Polizeipräsident von Posen, Rzepecki, ein früherer Hausdiener von Wertheim in Berlin und Former von Beruf, „Oberst" Langer ebensoviel; natürlich haben die Herren je ein Auto zur Verfügung. Adjutanten, luxuriös eingerichtete Bureaus usw. Demgegenüber erhalten die Mitglieder der Bürgerwehr, meist verheiratete Leute mit 4 bis 5 Kindern, sage und schreibe 200 ℳ monatlich, Stadtsekretäre, Assistenten 1800 ℳ jährlich (solche Angebote findet man täglich im „Kurjer Poznanski") Phantastisch geradezu sind die Gehälter der Mitglieder der Naczelna Rada, Korfanty, Prälat Adamski (Millionär und Aufsichtsrat von einem Dutzend Banken und Aktiengesellschaften), Poszwinski, Rymer, die monatlich 10 000 ℳ für ihre schwere, in Automobilreisen und Ansprachen bestehende Tätigkeit beanspruchen.

Das im Taumel der Freude über die nationale Selbständigkeit erst jubelnde polnische Volk hat bald genug erkannt, wohin der Kurs geht, namentlich als die ersten Steuerzettel ins Haus flogen: Staats-Einkommensteuer, Kommunalsteuer, Bürgerwehrsteuer, Nationalsteuer, dazu die enormen Verbrauchssteuern auf Zucker, Petroleum, Branntwein usw. Das waren die unerwarteten Folgen der polnischen Schlachta-Wirtschaft, deren Kosten so enorme sein müssen, daß die Naczelna Rada es bisher nicht gewagt hat, irgendwelche Abrechnung zu veröffentlichen.

Die Sozialdemokraten Posens, Polen und Deutsche, haben gegen diese Lotterwirtschaft protestiert und für Aufklärung im Volke gesorgt. Aber was war die Folge? Genau so wie in Kongreßpolen setzte ein förmliches Kesseltreiben gegen polnische und deutsche Sozialisten auch in Posen ein. Geführt von Adligen und Geistlichen, wurde die urteilslose, politisch ungeschulte klerikale und chauvinistische Gefolgschaft auf die Arbeiter und ihre Führer gehetzt. Namentlich bei den Wahlen zum polnischen Landtag feierte der reaktionäre Terror wahre Orgien. Um dem Volk die Wahrheit vorzuenthalten, wurde von den klugen Matadoren der Naczelna Rada in Posen durch die wohlgeschmierte polnische Presse die Parole ausgegeben: „Sozialisten nicht zum Wort kommen lassen, jede Versammlung mit Gewalt auseinandertreiben." Und diese Parole wurde nur zu wörtlich befolgt. Alle öffentlichen Versammlungen der Arbeiter wurden gewaltsam mit Hilfe der Polizei auseinandergejagt, die Teilnehmer, selbst Frauen, blutig geschlagen und die sozialistischen Führer wie Ganke, Matuszewski, David, Perankiewicz, verhaftet.

Die damals in Posen residierenden Ententekommissionen konnten sich ein schönes Bild von der politischen Reife dieses Volkes machen, das sich anmaßt, Millionen deutscher Volksgenossen in seine Grenzen zu zwingen, aber nicht einmal soviel Toleranz aufbringen kann, politischen Gegnern aus dem eigenen Lager das Recht der freien Meinung zu gewähren.

Unbeschwert vom Verständnis für die Leiden der arbeitenden Klasse, wollen diese Diktatoren vom Schlage der Korfanty und Adamski das Heft um jeden Preis in der Hand behalten. In erster Linie soll ihnen dazu das Korfantysche Autonomieprojekt helfen, das ja jetzt von Warschau angekündigt worden ist. Eifrig bemüht, jeden freieren Hauch, der namentlich aus Kongreßpolen herüberweht, von ihrer hermetisch abgeschlossenen Posener Klerisei fernzuhalten, sehen sie ihr Heil nur in der administrativen Trennung von Kongreßpolen. Aber da die Provinz Posen überwiegend Agrarland ist und steuertechnisch außerstande wäre, die Lasten einer autonomen Verwaltung zu tragen, will man mit dem Köder der Autonomie auch Oberschlesien mit seiner reichen Industrie, seinen riesigen Steuererträgen ins Korfantysche Paradies locken.

Mit anderen Worten: der oberschlesische Arbeiter soll mit seinem Schweiße den Posener Magnaten die Mittel liefern, ihre Herrschaft aufrechterhalten. Denn darüber gibt es keinen Zweifel, daß Oberschlesien selbst in diesem Korfantyschen Gottesländchen sehr wenig, wenn überhaupt nichts zu sagen hätte. Der polnisch sprechende Oberschlesier verfügt nach Ansicht der Posener Herren nicht über die nötigen polnischen Sprachkenntnisse, um an der Verwaltung des Landes teilnehmen zu können, Deutsche wären von vornherein ausgeschlossen, bliebe also nichts anders übrig, als aus den Reihen der Posener Stellenjäger den oberschlesischen Beamtenstab zu bilden.

Das ist auch der wohlerwogene Zweck des Korfantyschen Manövers, denn daß die Posener Sendlinge auf das reaktionäre Programm der Naczelna Ronda eingeschworen werden, unterliegt für diejenigen keinem Zweifel, die Gelegenheit hatten, die sieben Monate polnischer Wirtschaft im Posenschen Gebiete aus nächster Nähe zu betrachten. Für Arbeiterpolitik ist in diesem Lager kein Raum. Der oberschlesische Arbeiter wird daher gut tun, sich reiflich zu überlegen, wohin ihn seine Interessen weisen.

E. B.

Es kommt ein Tag der Freiheit.

„O diese wundervolle Stupidität", sagte ein englischer Diplomat zu den Angehörigen eines neutralen Staates, als am Anfang des Krieges der frühere Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg das bekannte Wort von unserem Unrecht an Belgien gebrauchte. An dieses erstere Wort werde ich immer wieder erinnert, wenn ich an einen großen Teil unseres Volkes denke und an manchen, von denen es in den letzten Jahren und besonders nach der Revolution regiert wurde. War es denn nicht so, daß die allermeisten in naiver politischer Urteilslosigkeit auf die Phrasen unserer Feinde von Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Versöhnlichkeit usw. hereinfielen und die wenigen anderen für unversöhnliche Kriegshetzer ansahen und noch ansehen, welche immer wieder warnten: Glaubt den Lügnern von da drüben nicht. Als von unseren Feinden immer lauter die verführerischen Sirenenklänge zu uns herüberklangen: Wir führen ja nicht Krieg gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen die Autokratie, den Militarismus, die Hohenzollern, stürzt diese Gewalten, die euch knechten und in eurer Entwicklung hindern, dann werden wir mit euch einen milden Frieden schließen und euch noch dazu in die liebevollen Arme des alle beglückenden Völkerbundes aufnehmen, da durchschauten die Leichtgläubigen und politischen Stümper nicht die darin enthaltene Heuchelei und Verlogenheit, sondern taten blindlings den Willen unserer Feinde, indem sie entweder aktiv oder passiv den Staatsbau unterminierten. Die Revolution kam und siegte leicht. Als dann Monarchie, Heer und Ordnung am Boden lagen, zertrümmert durch die eigenen Landeskinder, zum Vorteil unserer Feinde, da mag sich der erwähnte englische Diplomat wieder einmal die Hände gerieben haben über diese wundervolle Stupidität der Deutschen. Er mag es seitdem noch oft getan haben, denn man hätte doch denken sollen, daß, als unsere Feinde durch den Waffenstillstands- und Friedensvertrag ihr wahres Gesicht zeigen, auch dem unerfahrensten politischen Kinde die Augen aufgegangen wären über die wahren Absichten unserer Feinde, die sie immer und von vornherein hatten. Aber daß dies

nicht geschieht, dafür sorgt unsere Regierung und die ihr ergebene Presse aufs beste. Sie hat vor nichts so sehr Angst, als daß sich in unserem Volke die Erkenntnis von der Heuchelei und Unmenschlichkeit unserer Feinde unverwischbar festsetzen könnte. Sie ruft Friede, Friede und küßt die Hand dessen, der sie vorher ungerechterweise geschlagen hat. Wäre unser Volk politisch klarsehender, es hätte längst schon die Stümper abgeschüttelt, deren Regierungskunst uns immer mehr dem völligen Ruin und Chaos entgegenführt. Es wäre sonst ganz unmöglich gewesen, daß ein Scheidemann und Erzberger und verwandte Geister ihre für unser Volk so verhängnisvolle Rolle während des Krieges und noch bis in die jüngsten Tage hinein hätten spielen können. Dann hätten diese beiden machtlüsternen und skrupellosen Männer niemals einen Ministersessel geziert oder vielmehr verunziert. Daß diese beiden auch in der Nationalversammlung eine solche Rolle spielen durften, ist ein Zeichen vom Tiefstand dieser Körperschaft. Es ist unbegreiflich, daß in der Nationalversammlung noch ein Mensch einen Minister anhört, der öffentlich als gemeiner Lügner und verkappter Dieb bezichtigt wird wie Erzberger, ohne daß er klagend gegen den Verleumder vorgeht. Unter dem alten verruchten Regiment, wie es die derzeitigen Machthaber so gern nennen, hätte solch ein Minister doch wohl umgehend den Besuch von Lucanus oder Valentini bekommen, aber es gehört wohl auch zu den Errungenschaften der glorreichen Revolution, daß man es in Punkto Ehre nicht mehr so genau nimmt. Was soll man sich auch um die angegriffene Ehre des einzelnen viel Skrupel machen, wo einem scheints die Schande des ganzen Volkes gleichgültig ist.

Doch das wird nicht so bleiben. Wir hoffen auf einen Tag, wo unser Volk erwachen wird von seinem gefährlichen Schlaf, wo es genesen wird von einer Krankheit, die überhaupt die tiefe Ursache seines Zusammenbruchs war: von der öden Verneinung jeder göttlichen und menschlichen Autorität, von dem kalten Materialismus, von der herzlosen Selbstsucht, wo Gott und die göttlichen Gesetze anerkannt werden und Geltung haben in staatlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Dann werden die Revolutionshelden und auch ein Erzberger ausgespielt haben. Dann werden wir wieder solider und schöner aufbauen, was in Neid und Haß und Verblendung von unseren inneren und äußeren Feinden niedergerissen wurde, indem wir das schlechte Alte und das schlechte Neue ausmerzen und nur das gute alte und neue Material verwenden. Dann, wenn wir hindurch sind durch die große innere Läuterung, werden wir uns wieder zusammenfinden als ein Volk, das brüderlich zusammenhält, geschart um ein Haupt, das nicht Eroberungen nach außen sucht, sondern das sich die Herzen seiner Untertanen erobert durch Gerechtigkeit, Festigkeit und Liebe, nach dem Grundsatz: Jedem das Seine. Dann werden wir die Sklavenketten wieder abschütteln, nicht in erster Linie mit Feuer und Schwert, sondern in Beugung vor Gott, durch Einmütigkeit, in unablässiger Forderung nach wirklicher Gerechtigkeit und dem Recht, an unserm Teil der Welt zu dienen und unseren Teil daran zu besitzen als ein freies Volk. Dieser Tag der Freiheit von äußeren und inneren Feinden wird kommen, ihm gehört unsere Arbeit, unser Gebet, unser Glaube. Balduf.

Deutsch-amerikanische Stimmungen.

(Von einem Deutschamerikaner.)

Heute meldet der Telegraph, daß sich über eine Million Deutscher entschlossen hat, Amerika zu verlassen. Mich als altem Deutschamerikaner überrascht diese Meldung nicht. Wer, wie ich, 25 Jahre in Amerika gelebt hat, wer es am eigenen Leibe erfahren hat, wie nicht nur allein während des Krieges, sondern auch in den 15 Jahren, die dem Kriege vorausgegangen sind, alles was deutsch ist, denkt und fühlt, im Yankeelande verunglimpft worden ist, der kann das große Heimweh wohl verstehen, das der Deutsche Amerikas nun endlich stillen will. Man erlasse es mir, auf das deutschamerikanische Martyrium einzugehen, man verzeihe mir, wenn ich heute nicht auf alle die seelischen Qualen hinweise, die der Deutsche von Anbeginn des Krieges bis zum schwärzesten Tage der deutschamerikanischen Leidenszeit, dem Waffenstillstandsvertrag, auszustehen hatte. Und wenn mir ganz Amerika, sein sauberer Präsident an der Spitze, zurufen würde: „Ihr Deutschen habt es gut bei uns gehabt," so würde ich ihm antworten: „Ihr Heuchler, ihr lügt, ihr habt jedem anständigen Deutschen die Seele gemordet." Mein Wort braucht kein Deutscher im alten Vaterland für den schändlichen Verrat des Angloamerikanertums am Deutschtum für wahr zu nehmen. Die Blutzeugen aus den „guten" U. S. A. werden hierher kommen und ungefragt darüber berichten. Das heißt, wenn jene Krämergesellschaft, die Wallstreet, und mithin die Schuhputzer, beherrscht, so gnädig ist, den „Dutchmen" die Auswanderung zu gestatten. Man komme mir nicht und sage etwa: „Ein jeder kann doch hinreisen, wohin er will." Da kennt man hierzulande aber die amerikanische „Volksseele" schlecht. Wenn die erst in Wallung gerät, dann ist sie zu allem, selbst zu den niedrigsten „Tricks" fähig, um dem Rechte, der persönlichen Freiheit, der Selbstbestimmung, ein Schnippchen zu schlagen. Aber wir wollen annehmen, die Deutschamerikaner kommen heim ins alte Vaterland, und für diesen Fall soll die kurze Ausführung bestimmt sein, für diesen Fall will ich der Herold jenes Heerzuges sein, der alle Brücken drüben hinter sich abgebrochen hat. Möge jener Schar ein herzlicheres Willkommen im alten Vaterlande werden, als es mir geworden. Die Sehnsucht nach der Muttererde treibt sie über den Ozean. Glaubt mir, meine deutschen Brüder, sie kommen zu euch, um euch am Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes zu helfen! Die meisten werden nicht mit leeren Händen zu euch kommen, heißt sie willkommen, aber bietet auch jenen ein herzliches Willkommen, denen das Glück im Dollarlande nicht hold war. Gerade sie brauchen eure Liebe, gerade sie werden dankbar anerkennen, noch ein Vaterland zu haben. Gerade sie haben im gefühllosen, kalten Amerika doppelt um euch gelitten und gerade sie kommen zu euch, beseelt von dem großen Gedanken am Wiederaufbau Deutschlands mithelfen zu dürfen. Deutschland ist ein armes Land — Gott sei's geklagt, nicht nur allein physisch verarmt —, nur schwer schreibe ich es nieder: Ich habe es auch moralisch verarmt wiedergefunden —. Möge es am großen Heimweh seiner heimkehrenden Söhne und Töchter wieder genesen!

Weitere Enthüllungen des Prinzen Max.

Die Abdankung des Kaisers.

Der ehemalige Reichskanzler Prinz Max von Baden übergibt der Oeffentlichkeit eine Darstellung über die Vorgänge vom 8. und 9. November 1918.

Der Prinz streift zunächst kurz die Vorgeschichte des Waffenstillstandes. Die Oberste Heeresleitung sei wiederholt vor und während der großen Offensive von den verschiedensten Seiten gewarnt worden, daß die psychologische Katastrophe und der Zusammenbruch der Heimat unvermeidlich eintreten würde, wenn am Ende des Feldzuges 1918 das Versprechen: Friede und Sieg in diesem Jahre sich nicht erfüllen würde. Als das einzige wirksame Gegenmittel sei immer wieder und eindringlich angeraten worden, auf einem Höhepunkt unserer militärischen Kraft die öffentliche und präzisierte Verkündung unserer Kriegsziele, vor allem unzweideutige Erklärungen über Belgiens Wiederherstellung, um entweder den Weg zum Frieden freizumachen oder durch die Bloßstellung des bösen Willens der Feinde ihnen die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges vor der ganzen Welt beizulegen und damit dem deutschen Krieg wieder den Charakter eines Volkskrieges zu geben. Diese Warnung habe weder die Regierung noch die Oberste Heeresleitung beherzigt. Daß aber die psychologische Katastrophe mit so ungeheurer Wucht hereingebrochen sei, das sei nicht nötig gewesen. Daran sei unser überstürztes Waffenstillstandsangebot schuld, das, wie sich später herausstellte, durch unsere militärische Lage am 29. und 30. Oktober nicht gerechtfertigt gewesen sei und das im In- und Auslande als militärische Bankrotterklärung gewirkt habe.

Prinz Max beschreibt dann eingehend die Vorgänge im Hauptquartier und in Berlin selbst. Er habe dem Kaiser in einem Telegramm nicht geraten, das Ultimatum der Sozialdemokratie vom 7. November anzunehmen, sondern den monarchischen Gedanken durch eine demokratischere Lösung zu retten, als die Sozialdemokraten vorschlugen: „Der Kaiser wird unbedingt den festen Willen abzudanken, bezeugen, sobald die Waffenstillstandsverhandlungen die Ausschreibungen von Neuwahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung gestatten, der die endgültige Neugestaltung der Staatsform des deutschen Volkes zufallen würde, einschließlich der bisher in das Reich nicht aufgenommenen Volksteile. Bis dahin werde der Kaiser einen Stellvertreter bestellen."

Zur Empfehlung dieser Lösung habe er geltend gemacht, der monarchische Gedanke würde bei den Neuwahlen einen Vorsprung erhalten, weil die Initiative zur Feststellung des Volkswillens von der Krone ausgehen würde.

Dieser Appell sei aber ergebnislos geblieben. Der Kaiser habe es völlig abgelehnt, auf diese Vorschläge einzugehen, und es nach wie vor für seine Pflicht gehalten, auf seinem Posten zu verbleiben. Der Prinz geht darauf auf das Telephongespräch ein, das er am Abend mit dem Kaiser geführt habe, um ihn zu einem freiwilligen und würdigen Thronverzicht zu veranlassen. Er habe den Kaiser auf die unzuverlässige Haltung der Truppen hingewiesen und betont, daß im Reichstag die Forderung nach Abdankung erhoben und durchgehen werde, wenn die Abdankung jetzt nicht erfolge. Der Kaiser sei völlig unorientiert über die Stellung der Truppen zu seiner Person gewesen, habe von einer militärischen Expedition gegen die Heimat gesprochen und sei auf seine Vorschläge nicht eingegangen.

Am Schluß seiner Darstellungen schreibt dann Prinz Max:

„Die Situation in Berlin hatte sich im Laufe des 9. November immer weiter zugunsten der Revolutionäre entwickelt. Jeden Augenblick konnte die Absetzung des Kaisers durch die Straße proklamiert werden, sie zu verhindern gab es keine Machtmittel mehr. Deshalb war ich vor die Wahl gestellt, entweder abzuwarten und nichts zu tun, oder auf eigene Verantwortung zu handeln. Ich wußte, daß ich formell nicht berechtigt war, ohne Einverständniserklärung des Kaisers die Veröffentlichung vorzunehmen, aber ich hielt es für meine Pflicht, die Abdankung des Kaisers bekanntzugeben, so lange es noch einen Sinn hatte. Ich war mir der Schwere der Verantwortung voll bewußt, als ich dem Wolffschen Telegraphenbüro die Erklärung von der Thronentsagung des Kaisers und Königs zugehen ließ. Es war der letzte verzweifelte Versuch, den Umsturz zu verhindern und der Krisis eine verfassungsmäßige Lösung zu geben. Aber er scheiterte, weil er zu spät kam.

Noch am 8. November vielleicht auch am 9. ganz früh hätte die Abdankung des Kaisers und der Aufruf zur Nationalversammlung möglicherweise die Dynastie, zum mindesten die legale Entwicklung retten können. Die Verantwortung dafür, daß diese rettende Tat unterblieb, tragen in erster Linie diejenigen, die unter Angabe militärischer Gründe den Kaiser veranlaßten, am 29. Oktober ins Hauptquartier zu reisen, und ihn dadurch der politischen Aufklärung in der Abdankungsfrage entzogen, die diese

Christoph Blumhardt †.

Christoph Blumhardt, eine der bedeutsamsten evangelischen Persönlichkeiten Württembergs, dessen seelsorgerliches Wirken sich über Deutschland hinaus erstreckte, ist Sonnabend nacht nach längerem Leiden im 77. Lebensjahre sanft entschlafen.

Christoph Blumhardt wurde am 1. Juni 1842 in dem württembergischen Schwarzwalddorf Möttlingen als Sohn des Pfarrers Joh. Christoph Blumhardt geboren. In seine Kindheit fiel die weit über Deutschland hinaus bekannt gewordene Möttlinger Bußbewegung, deren tiefgreifende Wirkungen seelischer und auch körperlicher Art bestimmend wurden für die weitere Haltung des Blumhardtschen Hauses. Sie veranlaßten auch den Vater, sich durch Erwerb von Bad Boll bei Göppingen ein weiteres Feld seelsorgerischer Betätigung zu schaffen. Nach Beendigung der theologischen Studien in Tübingen wirkte Blumhardts Sohn einige Jahre als Hilfspfarrer in Baden und Württemberg, um sodann im Jahre 1869 seinem Vater als Gehilfe zur Seite zu treten, dem er bald eine wertvolle und selbständige Stütze wurde. Nach dem Tode des letzteren am 25. Februar 1880 übernahm er die Leitung von Bad Boll, die er bis zum Jahre 1911 innehatte, wo ihn länger dauernde Krankheit veranlaßte, sein Heim im nahe gelegenen Jebenhausen aufzuschlagen. Allmählich vollzog sich in Bad Boll bei Blumhardt innerlich eine Wandlung, die den Sohn über den Vater hinausführte und ihn neue Wege gehen ließ. Er entwuchs der überkommenen Richtung eines wenn auch immerhin weitherzigen Pietismus, zumal mancher Äußerlichkeiten und Liebhabereien desselben, und einer lediglich kirchlichen Wertung des Christentums, wobei er in der Energie seiner Entwicklung nicht immer verstanden wurde. Dies machte sich namentlich geltend bei seinem Übertritt zur Sozialdemokratie im Jahre 1899, die sich allerdings bei seiner durchaus unpolitischen Haltung auch unter eigenartigen Verhältnissen vollzog. Blumhardt wurde nunmehr als Abgeordneter in den Württembergischen Landtag gewählt, ohne daß sich an seiner religiösen Auffassung etwas geändert hätte, die dahin ging, daß die idealen Ziele des Sozialismus eine Gerechtigkeit sei, für die die Christenheit mit dem größten Ernst hätte eintreten müssen, und daß in der Unbrüderlichkeit oder dem mangelnden sozialen Sinn ein ungöttliches Moment zutage trete. Diese besondere Betonung veranlaßte ihn denn auch, nach Ablauf seines Mandats sich aus dem politischen Leben wieder zurückzuziehen, während manche persönlichen Beziehungen mit Vertretern jener Richtung aufrecht erhalten blieben und zahlreiche frühere und neue Freunde abermals den Weg zu ihm fanden. Bis zum Herbst 1917 hielt Blumhardt noch alle zwei Wochen Andacht und Gottesdienst in Bad Boll ab, wohin er seit 1911 bereits den Pfarrer Jäckh, der von Kindheit an dem Boller Hause besonders nahe gestanden, als Gehilfen berufen hatte, das seitdem von einer aus einigen Freunden bestehenden Gesellschaft im alten Sinne weitergeleitet wird. Von Blumhardt, der in all den Wandlungen seines Lebens im Grunde doch stets der alte geblieben ist, ging ein schwer zu schildernder Zauber einer völlig in sich geschlossenen Persönlichkeit aus. Er war ein Mann des Glaubens, Hoffens und Liebens von seltener Unmittelbarkeit. Das Weltoffene, Unbefangene seiner Natur allen Erscheinungen der Welt gegenüber gab ihm einen durchaus modernen Zug in seiner inneren und äußeren Lebensgestaltung. Im Mittelpunkt seines religiösen Wirkens aber stand die Neubelebung der Hoffnung auf das Reich Gottes. Es war ihm ständiges Herzensanliegen, daß die Christenheit den Ruf zum Leben in dieser Hoffnung, der durch Blumhardt Vater und Sohn an sie ergangen ist, nicht überhören möge. Auch unter allen Wechseln des Weltkrieges hat Bl. mit den Seinen an jener alten biblischen Hoffnung festgehalten, als deren Trägerin Bad Boll nach wie vor fortbestehen möchte.

Bücherschau.

Der Auswanderer. Auskunftei und Ratgeber für deutsche Auswanderer. Teil I: Ratschläge für Auswanderer. Teil II: Wohin kann man auswandern? Preis 5 M. Volksverlag für Politik und Verkehr, Stuttgart 1919. 160 Seiten; mit einer Weltkarte. — Da die Frage der Auswanderung leider sehr in den Vordergrund gerückt ist, so ist es verdienstlich, wenn Sachkundige in nüchterner Weise Auskunft geben. Das geschieht in dem vorliegenden Buch, das als erster Band eine Sammlung von einschlägigen Werken eröffnet. Im ganzen rät es mehr ab als zu, da die meisten (alphabetisch behandelten) Länder die deutsche Einwanderung zurzeit noch mehr oder weniger ablehnen. Wirklich ernstlich in Betracht kommen jetzt außer Rußland fast nur einige südamerikanische Staaten, die ein gewisses Entgegenkommen zeigen; doch kann und muß auch hier zu Vorsicht und Überlegung geraten werden. Dankenswert ist die Ausgabe von größeren Werken über die betr. Länder. Jedem Auswanderungslustigen ist daher das vorliegende Buch sehr zu empfehlen.

Stimmung hinterm Drahtzaun.

Von einem Freund unseres Blattes wird uns ein Brief eines Kriegsgefangenen aus Ägypten zur Verfügung gestellt, dem wir Nachstehendes entnehmen:

„Denke Dir, ein „Aufwärts" kam mir hier in die Hände. Ich wünschte, Herr K. könnte ihm mal anvertrauen, was Gefangene über das Vaterland denken. Viele von uns haben den Gedanken an dasselbe verloren und sind irre an ihm geworden. Wer fragt nach uns, wenn nicht Eltern usw. es tun? Viele würden sich Brot und Vaterland anderswo suchen, wenn nicht Bande an die Heimat sie hielten. Man tanzt den Totentanz am Grabe Deutschlands; wir hören's mit Entsetzen an! Weh' den Predigern der Freiheit, die uns in Knechtschaft brachten! Alle Gefangenen kehren mit schweren Vorwürfen gegen Regierung und Vaterland heim. Nun ist freilich Friede, aber unsere Heimkehr liegt trotzdem noch im Dunkel. Mir geht's bei großer Hitze gut. Neues verlange nicht von mir aus dem Raum 440 mal 95 Meter."

Reise hinter meinem Rücken vorbereiteten und dadurch ein wirksames Veto der Reichsregierung verhinderten, die den Kaiser bis zum 9. November in Unkenntnis über die wahre Stimmung der Truppen hielten und am 9. November sich gezwungen sahen, einzugestehen, daß die Armee nicht in der Lage war, den Kaiser zu schützen."

Die Reichsabgabenordnung.

Restlose Ausschöpfung der dem Reiche erschlossenen Steuerquellen.

Der vom Staatsausschuß genehmigte Entwurf der Reichsabgabenordnung ist der Nationalversammlung zugegangen. Die Reichsabgabenordnung soll zusammenfassen, was die Reichssteuergesetze an gemeinsamen Vorschriften enthalten. Darüber hinaus soll sie vor allem die Grundlage schaffen, daß die Reichssteuergesetze, insbesondere auch die neuvorgesehenen, durchgeführt werden.

Für die Zölle und Verbrauchsabgaben sieht die Reichsverfassung bereits eine reichseigene Verwaltung vor. Ebenso muß für die Reichsvermögensverwaltung eine eigene Verwaltung geschaffen werden. Die reichseigene Verwaltung soll sich auf den bereits bestehenden, zum Teil vortrefflichen Organisationen der einzelnen Gliedstaaten aufbauen. Dabei wird den obersten Landesbehörden ein wesentlicher Einfluß auf die Finanzverwaltung, insbesondere auch bei Besetzung der Aemter eingeräumt werden.

Die oberste Leitung der reichseigenen Steuerverwaltung steht nach den Bestimmungen des Entwurfes dem Reichsfinanzministerium zu. Unter ihm stehen die Landesfinanzämter und Oberbehörden und unter diesen die Finanzämter mit ihren Hilfsstellen. Die Landesfinanzämter haben die oberste Leitung der Finanzverwaltung für ihren Bezirk; sie überwachen die Gleichmäßigkeit der Gesetzanwendung und beaufsichtigen die Geschäftsführung der Finanzämter.

Der Entwurf geht davon aus, daß Laien in sehr erheblichem Maße zur Teilnahme an der Finanzverwaltung berufen sind. Den Finanzämtern werden nämlich Ausschüsse zur Seite gestellt und den Landesfinanzämtern Finanzgerichte angegliedert. Bei diesen Ausschüssen und Finanzgerichten sind Laien der Behörde organisch eingegliedert, und die Sache ist so behandelt, daß den Laien bei den direkten Steuern ein überwiegender Einfluß auf die Festsetzung der Steuern eingeräumt ist. Oberste Spruchbehörde in Steuersachen ist der Reichsfinanzhof.

Die dem Reich erschlossenen oder noch zu erschließenden Steuerquellen sollen gleichmäßig und restlos ausgeschöpft werden. So wird im § 4 betont, daß bei der Auslegung der Steuergesetze ihre Zwecke und ihre wirtschaftliche Bedeutung berücksichtigt werden sollen. Das entspricht der geltenden Rechtsprechung, wenn diese z. B. bei der Besteuerung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung das von den Gesellschaften an Geschäftsführer ausgesetzte Gehalt nicht als Betriebsunkosten anerkennt oder hohe Reisespesen, die ein Angestellter neben geringem Gehalt bezieht, zum Teil als einkommensteuerpflichtig erklärt. § 5 sucht den Kern zu treffen, indem der Satz aufgestellt wird, daß die Steuerpflicht durch Mißbrauch von Formen und Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerlichen Rechts nicht umgangen werden kann; die mißbräuchlich getroffenen Maßnahmen sind für die Besteuerung nicht zu beachten.

Von den Pflichten,

die den Steuerpflichtigen auferlegt werden sollen ist besonders bemerkenswert, daß jeder, der ein Einkommen von mehr als 10 000 Mark versteuert, seine Einnahmen fortlaufend aufzuzeichnen soll. Niemand darf auf einen falschen oder erdichteten Namen für sich oder einen anderen ein Konto errichten oder Buchungen vornehmen lassen, Wertsachen offen oder verschlossen hinterlegen oder verpfänden oder sich ein Schließfach geben lassen. Wird die Errichtung eines Kontos die Annahme von Wertsachen zur Hinterlegung oder Verpfändung oder die Ueberlassung eines Schließfaches beantragt, so hat sich die Bank oder wer sonst dem Antrage entsprechen will, über die Person des Antragstellers zu vergewissern. Guthaben, Wertsachen usw. die auf einen falschen oder erdichteten Namen eingebracht sind, dürfen nur mit Zustimmung des Finanzamtes herausgegeben werden.

Die Verpflichtung öffentlicher Behörden und Beamten, einschließlich der Beamten der Reichsbank der Staatsbanken und der Schuldbuchverwaltung zur Verschwiegenheit gilt nicht für ihre Auskunftspflicht gegenüber den Finanzämtern. Für die Post- und Telegraphenbehörden und deren Beamten bleibt es bei der Unverletzlichkeit des Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses.

Aehnlich wie im Polizeirecht sind den Finanzämtern Befugnisse verliehen, kraft deren sie ihre Anordnungen erzwingen können. Weiterhin regelt der Entwurf eingehend das Rechtsmittel bei Beitreibungsverfahren. Aus dem Abschnitt „Strafrecht" ist hervorzuheben, daß eine allgemeine Begriffsbestimmung der Steuerhinterziehung aufgestellt und auch die fahrlässige Steuergefährdung unter Strafe gestellt wird.

•

Es wird künftig keine Steueroasen im Deutschen Reiche mehr geben, und Stadt und Land werden nach einem gleichartigen System bis zum letzten Pfennig steuerlich herangezogen werden. Wahrscheinlich werden die Erzeugnisse der Einkommensteuer unter diesen Umständen ganz überraschend sein.

Fortan wird es keine einzelstaatlichen Einkommensteuern und kommunale Zuschläge dazu geben. Man wird nur noch eine einzige Reichseinkommensteuer zu entrichten haben. Nach unverbindlicher Schätzung des Reichsfinanzministeriums sollen aus den Gesamterträgnissen 75 Proz. dem Reiche, 15 Proz. den Gemeinden und 10 Prozent den einzelnen Staaten zufallen. Die Steuern sollen auf insgesamt das Fünffache des bisherigen Ertrages gesteigert werden. Alles wird natürlich darauf ankommen, ob die neue Steuerorganisation tatsächlich in der Lage ist, die Besteuerung nach dem vorgesehenen Plan durchzuführen. Es läßt sich im einzelnen vielleicht manches gegen diese oder jene Bestimmung des 451 Paragraphen umfassenden Gesetzwurfs einwenden. Aber wir müssen nun einmal alles aufbieten, um den gewaltigen Steuerbedarf des Reichs zu decken.

Die Neuordnung in Ungarn.

Erklärungen des neuen Ministerpräsidenten.

Der neue Ministerpräsident Stefan Friedrich erklärte, daß das Kabinett die bedingungslose Freundschaft mit der Arbeiterschaft erstrebe. Es verabscheue jede Rache und dulde keine Volksjustiz. Die Regierung stehe auf der Basis der republikanischen Staatsform, über deren endgültige Form die einzuberufende Nationalversammlung zu entscheiden habe. Die Wahlen werden auf Grund des auf breitester Grundlage stehenden Wahlrechtes erfolgen, das Karolyische Wahlrecht werde aber nicht zur Anwendung gelangen. Bezüglich des passiven Wahlrechts ist eine Aenderung dahin getroffen, daß nur Männer über 35 Jahre wählbar sein dürfen.

Erzherzog Joseph an Clemenceau.

Erzherzog Joseph richtete in seiner Eigenschaft als Staatsverweser Ungarns auf funkentelegraphischem Wege eine Note an Clemenceau, in der er das Ersuchen stellt, daß die Friedenskonferenz die neue ungarische Regierung anerkennen und mit ihr die Friedensverhandlungen baldigst aufnehmen möge.

Aufstellung einer nationalen Armee in Ungarn.

Das christlich-soziale Spätabendblatt „Wiener Stimmen", das stets engste Fühlung mit dem Hause Habsburg hatte, meldet aus Budapest, daß die Regierung in den nächsten Tagen mit der Aufstellung einer nationalen Armee beginnen wird. Als Grundlage hierzu soll die Freiwilligentruppe dienen, die sich dieser Tage gebildet hat und durch den Zuspruch der Ordnungselemente bereits mehr als 10 000 Mitglieder zählt. Erzherzog Joseph hat in seinen Verhandlungen mit den Vertretern der Entente die Annahme der ihm übertragenen Aufgabe u. a. auch unter der Voraussetzung zugesagt, daß er und seine Regierung eine weitgehende politische Bewegungsfreiheit besitzen müsse, und sie in ihren Entschließungen durch die Anwesenheit großer Truppenmassen nicht beengt werden dürfen. Die Vertreter des Verbandes sagten zu, daß sie dafür Sorge tragen würden, daß die Rumänen mit dem überwiegenden Teil ihrer Truppen Budapest baldigst verlassen.

Entente-Ultimatum an Rumänien.

Das Verhalten der Rumänen gegenüber den Ungarn hat zu einer Art Ultimatum des Obersten Alliierten Rates an Rumänien geführt. Die rumänische Militärbehörde wollte die alliierte Militärkommission überhaupt nicht anerkennen und mit ihr keinerlei Beziehungen anknüpfen. In der Note des Fünferrates wurde daher gefragt, ob Rumänien sich noch als Verbündeter der Entente betrachte. Wenn Rumänien seine Haltung gegenüber den Alliierten nicht ändere, soll dies sofort zu einer Lösung des Bündnisses führen. Die rumänische Regierung wird aufgefordert, sofort zu erklären, ob sie die Beschlüsse der Kommission beachten wolle oder nicht.

Abzug der Rumänen?

Die Kommission der vier Generale hat die Verordnungen der rumänischen Militärbehörde bezüglich Sperrung des Eisenbahnverkehrs rückgängig gemacht und die Aufsicht sämtlicher Verkehrsangelegenheiten dem Leiter der amerikanischen Verpflegungskommission Gregory übertragen. Die Militärkommission verhandelt bereits mit dem General Mardarescu auch wegen der Zurückziehung der rumänischen Besatzungstruppen. Die Rumänen sollen Budapest in den nächsten Tagen verlassen.

Die Lebensmittelnot in Budapest.

Die Lebensmittelnot ist im Steigen begriffen, da der Bahnverkehr unterbunden ist und jetzt auch die Schiffe beschlagnahmt wurden, wodurch keine Lebensmittel nach Budapest geschafft werden können. Die Rumänen haben selbst Pferde, die den Fuhrwerken vorgespannt waren, weggenommen. Die Regierung und die Stadtverwaltung wurden davon verständigt, daß bereits Lebensmittel nach Budapest abgegangen sind. Die Versorgung Ungarns stößt jedoch auf große Schwierigkeiten, weil das rumänische Oberkommando die gesamten ungarischen Verkehrsmittel einschließlich der Dampfer, Schlepper und Leichter beschlagnahmt hat. Der Führer, der nach Budapest entsandten amerikanischen Verpflegungskommission, Gregory, hat bei General Maderescu Einspruch gegen die rigorosen Maßnahmen erhoben und im Namen der amerikanischen Regierung gefordert, zum mindesten die beschlagnahmten Schiffe sofort wieder freizugeben.

Die Nationalversammlung.

— Weimar, 8. August.

Die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft.

Nach debatteloser Annahme des Gesetzentwurfes über die sechste Ergänzung des Besoldungsgesetzes in allen drei Lesungen begründete Reichsschatzminister Dr. Mayer-Schwaben das Elektrizitätsgesetz in eingehender Weise. Die Vorlage bezwecke in erster Linie die Schaffung eines in Reichseigentum stehenden Höchstspannungsleitungsnetzes, das im Laufe der Jahre über das ganze Reich ausgebreitet werden soll. In zweiter Linie bezwecke sie die Sicherung eines maßgebenden Einflusses des Reiches auf die bestehenden und noch zu errichtenden Elektrizitätswerke größeren Stils. Der Entwurf habe auch eine allgemein volkswirtschaftliche Entwicklung. Er soll die Lücke in unserer Kohlenversorgung nach Möglichkeit und mit tunlichster Beschleunigung ausgleichen. Freilich werde das Ziel erst in Jahren erreichbar werden, doch werden sich kleine Erfolge auch für den bevorstehenden Winter erreichen lassen.

— Weimar, 9. August.

Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Das Haus trat heute sofort in die erste Beratung des Elektrizitätsmonopols ein. Für die Sozialdemokraten sprach der Parteisekretär und Beamte des Metallarbeiterverbandes Abg. Kahmann. Er begründete das Gesetz und hofft, daß ähnliche Maßnahmen auch auf die eng mit der Elektrizität verbundenen Verkehrsmittel, Kohlen und Wasserkräfte ausgedehnt werden. Das Gesetz bringe die Beendigung des Kapitalismus und werde gleichzeitig die Gesundung der Reichsfinanzen herbeiführen. Die Stimmung der arbeitenden Klasse werde damit gewonnen werden; denn das Gesetz bedeute eine wirkungsvolle Widerlegung der Frage, daß die Regierung sich schützend vor den Kapitalismus stelle. Der Redner bedauerte es, daß nicht auch die zahlreichen kleinen Gesellschaften durch das Gesetz erfaßt worden sind. Immerhin biete das Gesetz in dem § 5 der Vorlage die Handhabe, auch hier die Sozialisierung durchzuführen.

Abg. Leicht (Ztr.) äußerte sich gegen eine Sozialisierung im Galopptempo und nannte die Begründung der Vorlage mangelhaft. Er beantragte schließlich Ueberweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern, in der die Bedenken reiflich erwogen werden können.

Dem Demokraten Abg. Wieland erscheint die vorgesehene Entschädigung völlig ungenügend. Sie würde dazu führen, daß die Betriebe, die gut gearbeitet haben, und bis auf einen kleinen Rest abgeschrieben sind, gewissermaßen bestraft werden, während diejenigen, die hoch zu Buche stehen, zu hohen Preisen vom Reiche übernommen werden müssen.

Reichsschatzminister Mayer wandte sich gegen den Vorwurf, daß Sachverständige nicht genügend gehört worden seien. Die Regierung habe alle Sachverständigen aller Bundesstaaten, so vor allem den Führer auf dem Gebiete der Starkstromübertragung in Deutschland, Herrn von Miller, gehört, der sich im großen Ganzen auch auf den Standpunkt des Entwurfes gestellt habe.

Deutsches Reich.

— General Nudant hat bei der Waffenstillstandskommission gegen die Fortschaffung von Flugzeugteilen und Motoren aus deutschen Flugplätzen Protest erhoben.

— Die belgische Kammer hat den Friedensvertrag einstimmig angenommen. Von den 186 Abgeordneten waren aber nur zwei Drittel bei der Abstimmung anwesend.

— Das englische Unterhaus hat den Gesetzentwurf über die englischen Bergwerke, der den Siebenstundentag einführt, angenommen.

— Das Zentralorgan der italienischen Gewerkschaften teilt mit, daß Frankreich von Italien 150 000 Arbeiter erbeten habe, die in den Bergwerken des Saarbeckens die deutschen Bergarbeiter ersetzen sollen.

•

:: **Der Sieg der finanziellen Reichseinheit.** Durch die Annahme der Reichsabgabenordnung im Staatenausschuß sind wir auf dem Wege zur finanziellen Reichseinheit ein gutes Stück vorwärts gekommen. In der Staatenausschuß-Sitzung stimmten gegen die Reichsabgabenordnung nur Bayern, Baden und Sachsen, die übrigen Bundesstaaten, vor allen Dingen auch Preußen, stimmten der Vorlage zu, nachdem die vom Finanzminister Südekum geforderte Garantie für ein Mindestaufkommen für die Einzelstaaten in das Gesetz aufgenommen worden ist.

Nachdem es dem Reichsfinanzministerium damit gelungen ist, die Widerstände im Staatenausschuß zu überwinden, ist wohl nicht mehr daran zu zweifeln, daß auch die Nationalversammlung sich zum Gedanken der einheitlichen Reichsfinanzverwaltung bekennen wird. Der Gesetzentwurf über die Reichseinkommensteuer und die Reichsabgabenordnung wird der Nationalversammlung in den nächsten Tagen zugehen und soll von ihr noch im Herbst verabschiedet werden.

:: **Die teueren A.- und S.-Räte.** In der Nationalversammlung machte ein Regierungskommissar in Beantwortung einer Anfrage der Demokraten interessante Angaben über die Finanzwirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Reichsregierung ist noch nicht in der Lage, über das Ergebnis der Rechnungslegung der Arbeiter- und Soldatenräte erschöpfend Auskunft zu erteilen, da das Material trotz allen Drängens nur unvollständig vorliegt. Ein Teil der Soldatenräte hat die Rechnungslegung abgelehnt, Personenwechsel machte sie an anderen Stellen unmöglich. Im Augenblick ergibt sich folgendes Bild: Die Kosten sind in der Hauptsache persönliche Tagegelder und Reisekosten, in geringerem Umfang sachliche Geschäftsunkosten, daneben aber auch Ausgaben für reine Parteizwecke. Beim Heer sind an bestimmungsmäßigen Kosten bis zum 31. März etwa 38 Millionen Mark aufgewendet worden. Nach den bisherigen Unterlagen hat das Reich mindestens 100 Millionen Mark eingebüßt. In Sachsen werden die Ausgaben auf 15 Millionen Mark beziffert. Nach den Berichten der Reichsbank haben erfolgreiche, zum Teil unter Zwang durchgeführte Abhebungen in Spandau 800 000 Mark betragen, in Osnabrück 155 000 Mark, in Hanau 100 000 Mark, in Saarbrücken 1 Million, in Wittenberg 15 000 Mark, in Marienburg 20 000 Mark, in Mülheim a. R. 74 000 Mark. Im Bereich der Reichspostverwaltung sind rund 100 000 Mark Ausgaben entstanden; bei den übrigen Reichsbehörden sind keine Eingriffe erfolgt. Die mitgeteilten Kosten der Bundesstaaten belaufen sich auf etwa 22 Millionen Mark, in Preußen allein 19 Millionen, abgesehen von den für den Vollzugsrat und den Zentralrat bewilligten Beträgen. Ueber eine Haftbarmachung einzelner Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte ist bisher nichts bekannt geworden. Die Ausführungen des Regierungsvertreters wurden verschiedentlich durch Zwischenrufe der Rechten und des Zentrums unterbrochen.

:: **Der geplante Eisenbahnerstreik in Mitteldeutschland.** Die Gefahr, die von dem mitteldeutschen „Streikblock der Eisenbahnbeamten" in den Bezirken Frankfurt, Kassel, Magdeburg und Erfurt dem deutschen Volke droht, wird von der preußischen Eisenbahnverwaltung als sehr ernst angesehen. Die preußische Regierung hat sich mit dieser jüngsten Agitation für eine Lahmlegung des ganzen Eisenbahnverkehrs im Herbst bereits eingehend beschäftigt und über Gegenmaßregeln beraten. Der deutsche Eisenbahnbeamtenbund stellt demgegenüber in einer Erklärung fest, daß die dem großen Gewerkschaftsbund der Eisenbahnbeamten angehörenden Eisenbahnbeamten der Bezirke Kassel, Erfurt, Halle und Magdeburg gar nicht daran denken, über die Köpfe ihrer Gewerkschaftsleitung hinweg einen Streik zu organisieren. Sie stehen miteinander in Fühlung, um die zurzeit unvollkommene Organisation der jungen Gewerkschaft einheitlich durchzubilden. Alles übrige sei müßige Kombination oder absichtliche falsche Unterstellung.

:: **Keine Räumung der dritten schleswigschen Zone.** Der neue französische Gesandte in Kopenhagen, der bei Kriegsausbruch französischer Generalkonsul in Ham-

burg war, erklärte einem Mitarbeiter von „Politiken", bezüglich der von den dänischen Kapitalisten geforderten Räumung der dritten schleswigschen Zone: Der Standpunkt der dänischen Regierung, des dänischen Reichstages und des nordschleswigschen Wählervereins in dieser Sache sei bekannt. Es sei vollkommen überflüssig, über die Räumung zu diskutieren, da die Ententemächte in dieser Frage ihre Entscheidung getroffen hätten. Diese geht dahin, daß die dritte Zone, in der eine rein deutsche Bevölkerung wohnt, weder geräumt, noch daß darin abgestimmt werden solle.

Aufruhr in Chemnitz.

Die in Chemnitz ausgebrochenen Lebensmittelkrawalle haben politischen Charakter angenommen. Um die daraus erwachsenen Unruhen zu unterdrücken, wurden Reichswehrtruppen von außerhalb herangezogen. Als die Truppen Freitag nachmittag am Hauptbahnhofe ausgeladen werden sollten, eröffneten die Demonstranten ein regelrechtes Feuer auf die Truppen. Nach privaten Schätzungen forderten die Kämpfe auf seiten der Regierungstruppen 60 bis 80 Tote und etwa 200 Verwundete, auf seiten der Arbeiter zehn Tote und gegen 50 Verwundete.

Ausland.

Schweiz: Abbruch des Baseler Streiks.

Eine in Basel abgehaltene vollzählig besuchte Versammlung der Delegierten des Arbeiterbundes und des Aktionskomitees beschloß mit 135 gegen 28 Stimmen den Abbruch des Streiks. Dieser Beschluß wird den einzelnen Verbänden zur weiteren Beschlußfassung vorgelegt werden.

Frankreich: Ein vierteljährliches Friedensbudget von 5¾ Milliarden Francs.

‡ Finanzminister Klotz legte in der Kammer den Militäretat für das letzte Quartal von 1919 vor. Es wird ein Kredit von 5767 Millionen Francs verlangt, was eine Verminderung der Ausgaben um 1200 Millionen gegenüber dem letzten Quartal bedeutet. Die Regierung hat eben erst eine Vorlage angekündigt, durch die der Kriegszustand im Augenblick beendet werden soll in dem Frankreich den Frieden ratifiziert haben wird. Das soll noch im September geschehen. Die Vierteljahrsausgabe von 5¾ Milliarden ist also bereits ein Friedensbudget. Aber einen großen Teil dieses Budgets hat Deutschland zu tragen. Die Höhe dieses Budgets läßt auf die Höhe der Rechnung schließen, die uns für die Kosten der Besetzung des Rheinlandes präsentiert werden wird.

Portugal: Neuwahl des Präsidenten.

‡ Antonio Almeida wurde von der Kammer mit 123 von 167 Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt. Don Antonio José d'Almeida, ursprünglich Arzt, hat sich früh der Politik zugewandt und gehört zu den bedeutendsten alten Führern des revolutionären Portugal. Er gehört der republikanischen Partei an.

Vereinigte Staaten: Lansing vor dem Senat.

‡ Der Staatssekretär des Auswärtigen Lansing ist vor dem Ausschuß des Senats für auswärtige Angelegenheiten erschienen, um die die Friedenskonferenz in Paris betreffenden Fragen zu beantworten. „Newyork World" zufolge erklärte Lansing, daß dem Senat kein Wort von den Verhandlungen auf der Friedenskonferenz mitgeteilt werden könne, wenn nicht die anderen Mitglieder der Konferenz der Veröffentlichung zustimmten. Der Staatssekretär erklärte weiter, daß er gegen den Prozeß gegen den früheren Kaiser gewesen sei, da dieser seines Erachtens mit einem Freispruch enden werde, wodurch der Kaiser verherrlicht und eine neue Bedrohung der ganzen Welt werden würde. Er habe den Rat gegeben, den Exkaiser zu verbannen, wie seinerzeit Napoleon. Ferner vertrat er die Ansicht, daß der Zutritt zum Völkerbund nicht notwendigerweise die Außerkraftsetzung der vor dem Völkerbund geschlossenen Geheimverträge bedeuten müsse.

Kirche, Schule und Mission.

Der neue Präsident des Evang. Ober-Kirchenrats zu Berlin

epd. Der zum Präsidenten des Evang. Oberkirchenrats ernannte Wirkl. Geh. Oberkonsistorialrat D. Moeller entstammt einem westfälischen Pfarrhause. Sein Vater ist als langjähriger Generalsuperintendent der Provinz Sachsen in weiten Kreisen bekannt geworden. In der kirchlichen Verwaltung ist D. Moeller, der nach Beendigung seiner juristischen Ausbildung zunächst in der Justiz, dann einige Jahre bei der Regierung in Gumbinnen und daran anschließend als Hilfsarbeiter im Kultusministerium tätig gewesen war, einer der ältesten und erfahrensten Beamten. Nachdem er im Mai 1891 als Hilfsarbeiter in den Evang. Oberkirchenrat eingetreten war, wurde er im September desselben Jahres zum Oberkonsistorialrat ernannt und hat seitdem der obersten Behörde der altpreußischen Landeskirche ohne Unterbrechung angehört. Im Jahre 1904 wurde ihm die Stellung eines weltlichen Vertretung des Präsidenten des Evang. Oberkirchenrats übertragen. Vom gleichen Jahre ab hat er der Eisenacher Kirchen-Konferenz und dem deutschen Evang. Kirchenausschuß angehört. In der Eisenacher Kirchenkonferenz hat er wiederholt den Vorsitz geführt. Seit dem Ausscheiden des bisherigen Präsidenten des Evang. Oberkirchenrats D. Voigts haben auch die Vorbereitungen für den bevorstehenden Deutschen Kirchentag in Dresden in seinen Händen gelegen.

Verschiedenes.

Ein Gegenstück zum „Fall Mannheim".

epd. Aus dem besetzten Rheinland wird dem Evang Preßverband für Deutschland nachstehendes tiefbedauerliches Vorkommnis aus bester Quelle auf Grund des Aktenmaterials mitgeteilt, das in weiten rheinischen Kreisen um so größere Empörung hervorruft, als die Pariser Zeitungen, die dort geflissentlich verbreitet werden, fortgesetzt ausführliche Entrüstungsartikel über den Berliner „Fall Mannheim" unter Entstellung der Tatsachen bringen, während im „neutralen" Gebiet fast täglich wegen angeblich unerlaubter „Grenzüberschreitung" oder anderen Verstößen deutsche wehrlose Bürger erschossen werden. Nachstehender besonders schwerer Fall harrt noch immer vergeblich der Sühne:

„Am 24. April d. J., abends 7,15, passierte der Schleppdampfer „Confiance" von Bingen talabwärts kommend, das am linken Rheinufer liegende Nieder-Heimbach, als ihn ein französischer Posten zum Halten aufforderte. Das Boot stoppte sofort und drehte nach rechts auf, um zu landen. Als es bereits quer zum Strome lag, schoß der Posten und traf den Steuermann, den Lotsen Anton Brien aus Caub, tödlich in den Rücken. Er hinterließ eine Witwe und drei Kinder. Die Schiffahrtsgruppe West stellte diesen Tatbestand einwandfrei fest — Zeugen waren der Kapitän, die Besatzung des Schiffes und zahlreiche Einwohner von Nieder-Heimbach — und ließ ihn durch die deutsche Waffenstillstandskommission dem französischen Oberbefehlshaber mitteilen. Darauf gab dieser in seiner Antwort zu, daß es sich um ein Mißverständnis gehandelt habe, da der schießende Posten außerstande gewesen, das Manöver des beidrehenden Schiffes, das angeblich seinen Weg fortsetzte, abzuschätzen. Nun lag überhaupt kein Grund vor, das Schiff, das noch bei hellem Tag fuhr, anzuhalten. Und wenn, so hatte man derlei Aufträge vor allem nicht der Schiffahrt unkundigen Leuten geben sollen. Trotzdem also die Schuld ganz auf französischer Seite liegt, hat man bis jetzt nicht daran gedacht, die armen Hinterbliebenen irgendwie zu entschädigen."

In der rheinischen Öffentlichkeit fragt man sich mit Recht, ob Deutschland sich derartiges ruhig gefallen lassen und die deutschen Rheinschiffer, die, wie in diesem Fall, nur ihre Pflicht tun, und ihrem schweren, ohnedies gefahrvollen Dienst meist sogar im Auftrag der Franzosen nachkommen, diesen einfach als jagdbares Wild preisgeben kann?

** **Ernst Häckel †.** Der Senior der deutschen Naturforscher Ernst Häckel ist Freitag nacht in Jena gestorben. Häckel hat ein Alter von 85 Jahren erreicht. Als Vorkämpfer der Abstammungslehre und des Darwinismus gilt Häckel als Forscher von Weltruf, dessen Ruhm ebenso gefeiert wie umstritten wurde. Von seinen Werken mögen als wichtigste genannt sein: „Natürliche Schöpfungsgeschichte", „Ueber die Entstehung und den Stammbaum des Menschengeschlechts", „Ziele und Wege der heutigen Entwickelungsgeschichte", „Die Welträtsel" und „Die Lebenswunder".

Letzte Nachrichten.

Die Enteignungen.

Der Gesetzentwurf über Enteignungen und Entschädigungen in der Beschlußfassung der Deutschen Nationalversammlung wird nach Zustimmung des Reichsrates nunmehr verkündet. Der Entwurf stellt das erste der Ausführungsgesetze zum Friedensvertrag dar und ist von ganz besonderer wirtschaftlicher Bedeutung, namentlich für die Auslandsdeutschen und die deutschen Reeder. Die Enteignung erfolgt ohne besonderes Verfahren durch Bescheid an den Eigentümer. Jedermann ist verpflichtet, der Enteignungsbehörde, auf Verlangen, die von ihr für erforderlich erachteten Auskünfte zu erteilen. Die Enteignungsbehörden oder die von ihnen Beauftragten sind befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben die Geschäftsbriefe, Geschäftsbücher und sonstigen Urkunden einzusehen. Das Ergebnis der Auskünfte oder Ermittlungen darf jedoch nicht zu steuerlichen Zwecken verwendet werden. Wesentlich ist die Bestimmung des § 6, der vorsieht, daß die Enteignung gegen angemessene Entschädigung in Geld oder Wertpapieren oder in gleichartigen Gegenständen erfolgen muß. § 7 bestimmt die Möglichkeit einer Vorschußbewilligung auf die Entschädigung, falls die Abwicklung der Enteignungsmaßnahme eine gewisse Zeit überschreitet.

Das deutsche Eigentum in Frankreich.

Die Liquidation feindlichen Besitztums in Frankreich ist nunmehr in Angriff genommen worden. Das Erträgnis aus den liquidierten Besitztümern wird an erster Stelle zur Kompensation für französische Angestellte dienen, deren Besitz in Deutschland beschlagnahmt wurde. Die noch überschießenden Beträge sollen alliierten Angehörigen, die sich in schlechter Lage befinden, zufallen und ein etwa noch verbleibender Restbetrag der allgemeinen Kasse für Kriegsschäden zufließen. Voraussichtlich werden 200 000 Liquidationen stattfinden müssen. Der Staat behält sich in allen Fällen das Vorkaufsrecht vor und weiter sollen die Bewohner der verheerten Gebiete besondere Rechte hinsichtlich des Einkaufs der liquidierten Waren erhalten.

Annäherung in der Wiederaufbaufrage.

Ueber den Wiederaufbau Frankreichs ist bei den beiden Kommissionen in Versailles eine gewisse Annäherung erzielt worden. Geheimrat Schmidt begab sich nach Weimar, um dem Kabinett Vortrag zu halten. Am 18 August sollen die Beratungen in Versailles fortgesetzt werden. Eine Anzahl von Kommissaren der deutschen Delegation in Versailles hat sich nach dem Pariser Ostbahnhof begeben, um dort gemeinsam mit den französischen Beamten einen Fahrplan auszuarbeiten für die Züge, die die deutschen Arbeiter zu den Wiederherstellungsarbeiten in den nördlichen und östlichen Departements nach Frankreich bringen sollen.

Zwei amerikanische Minensuchschiffe explodiert.

Nach einer Meldung aus Kopenhagen hat vor etwa zwei Wochen sich in der Nordsee ein furchtbares Unglück ereignet. Zwei amerikanische Minensuchboote sind, nachdem sie auf eine Mine aufgelaufen waren, in die Luft geflogen. Die Besatzung beider Schiffe, zusammen etwa 100 Mann, ist umgekommen.

Amerikanischer Handel mit Sowjetrußland.

Die amerikanische Geschäftswelt betrachtet die Blockade gegen Sowjetrußland als aufgehoben und bereitet die Absendung einer Reihe von Frachtdampfern nach Petersburg vor. Nach einer Meldung aus Stockholm sind bereits zwei amerikanische Schiffe mit Lebensmitteln in Petersburg angelangt. Die beiden Dampfer sollen auch Maschinen an Bord haben, und zwar für private Rechnung; es handelt sich demnach keineswegs um eine reine Wohtätigkeitsaktion. In jüngster Zeit ist auch in Stockholm eine Reihe von Anfragen aus Nordamerika angelangt, ob die Exporteure und Transportgeschäfte geneigt wären, amerikanische Massenartikel, die für amerikanische Rechnung in Dänemark lagern, nach Petersburg weiterbefördern zu lassen, wobei auf die jüngsten Pariser amtlichen Meldungen hingewiesen wird, wonach die Entente die Blockade gegen Sowjet-Rußland für rechtlich aufgehoben betrachte.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heidenbrok, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover.

Nachruf.

Am 6. ds. Mts. verschied in Bad Eilsen im besten Mannesalter unser

Amtsbeigeordneter

Herr Fabrikant Carl Junker.

Sein lebhaftes Interesse an der Arbeit der Verwaltung, ein ausgeprägtes Pflichtgefühl und klares soziales Empfinden ließen uns für unsere Gemeinde noch viel von ihm erhoffen.

Um so schmerzlicher betrauern wir den frühen Verlust dieses lauteren Mannes.

Gadderbaum, 9. August 1919.

Namens der Amtsvertretung
Landgraf, Amtmann.

Auf Frühkartoffelkarte Nr. 3 werden von Montag, den 11. bis Freitag, den 15. 8.

3 Pfund Kartoffeln

zum Preise von 15 Pfg. für 1 Pfund in den bekanntgegebenen Geschäften abgegeben. Sobald weitere Mengen eintreffen, erfolgt weitere Belieferung.

Magistrat Bielefeld.



Lebensmittelverkauf im Landkreise Bielefeld
vom 10. bis 16. August 1919.

An sämtliche Kartoffelversorgungsberechtigte werden in dieser Woche gegen Abgabe der Marke 4 der Frühkartoffelkarte pro Kopf 7 Pfund Frühkartoffeln ausgegeben.

Der Tag der Ausgabe wird von den Herren Gemeindevorstehern ortsüblich bekannt gegeben.

Bielefeld, den 11. August 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Evangel. soziales Frauenseminar
der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth a. Rh.

Theoretische und praktische Ausbildung für berufliches und ehrenamtliches Wirken auf dem Gebiete der Inneren Mission und sozialer Betätigung. Kursusdauer 2 Jahre. Voraussetzung: Vollendetes 20. Lebensjahr. Abschlußzeugnis eines Lyzeums oder Nachweis gleichwertiger Vorbildung. Beginn des nächsten Kursus 15. September 1919. — **Prospekte durch die Leitung.**

Gummiwaren!

Irrigatorschläuche
Luftkissen
Schwammbeutel
Spucknäpfe
Spuckflaschen
Zimmerklosetts
Bidets.

Felkehaus. W. Küper
Inh. **Alfred Küper,**
— Viktoriastraße 3a. —

Für 1. September ein älteres, tüchtiges, etwas im Kochen erfahrenes, wenn möglich gläubiges

Mädchen

gesucht bei gutem Lohn.

Frau Emmi Zürn,
Hiddenhausen, Kreis Herford.

Erholungshaus oder Sanatorium
in gesunder Lage zu kaufen oder zu mieten gesucht.
Gefällige Offerten erbittet
E. Schulte,
Gladbeck i. Westf., Phönixstr. 51.

Wer

empfiehlt unsern Lesern gute

Erholungs- und Erziehungs-Pensionate

???